

**Finanzielle Katastrophe an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Die Universitäten werden nach bisherigen Regierungsplänen ab 2010/2011
zerstörerisch unterfinanziert**

**Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg -als kleinere Universität- kann
unter diesen Bedingungen weder Profil noch Qualität halten!**

Der existierende Widerspruch:

Die Landesregierung behauptet: Wissenschaft und Forschung sowie Bildung insgesamt sind besonders zu fördern, weil damit die Probleme der demographischen Entwicklung und der Finanzkrise zu bewältigen sind.

Was aber geschieht in Wirklichkeit? Trotz steigender Studierendenzahlen und Bachelor/Master-Umstellung wird unser Haushalt seit 2003 nur gekürzt. Die Kosten unserer Studienplätze sind nicht vernünftig gedeckt, obwohl sich die Landesregierung im Hochschulpakt verpflichtet hat, den Ausbaustand von 2005 zu halten und zu bezahlen. Dazu bekommt das Land Finanzmittel des Bundes. Die Universität behilft sich mit einer Fülle von Notmaßnahmen, die alle letztlich eine Einschränkung der Studienqualität darstellen und deren schädliche Wirkung immer deutlicher spürbar wird.

Hierzu einige Fakten:

- Im Jahr 2003 wurde der 1993 mit ihrer Gründung begonnene Aufbau der Universität abgebrochen. Der Personalhaushalt war seitdem nie ausfinanziert. Stellen im notwendigen Umfang wurden nicht besetzt.
- Zusätzlich wurde innerhalb einer Zielvereinbarung der Personalhaushalt dann um 10% gekürzt. Die strukturelle Umsetzung dieser Kürzung ist heute noch nicht abgeschlossen.
- Gleichzeitig wurde vom Land die Bachelor/Master-Umstellung eingefordert, einigen Fakultäten sogar aufgezwungen. Diese intensivere Ausbildung erfordert einen um 15-20% erhöhten Bedarf an Lehrpersonal.
- Seit 2003 ist die Gesamtzahl der Studierenden von 11249 auf jetzt 13770 (davon 10402 in der Regelstudienzeit) gestiegen. Das sind 22% Studierende mehr.
- Offiziell sind 8900 Studienplätze (ohne Medizin) mit 1217 Personalstellen laut Hochschulentwicklungsplan von 2003 geplant, besetzt sind aber nur ca. 1170 Personalstellen. Diese sollten bis 2011 auf 1140 reduziert werden, worauf sich die Universität bereits unfreiwillig eingestellt hatte.
- Bei der vorgesehenen weiteren Mittelkürzung müssten – trotz der gestiegenen Studentenzahlen – die Personalstellen nochmals gesenkt werden: auf nur 1080 Personalstellen, die die Universität dann noch finanzieren könnte.

Folgende Finanzmittel werden (mit Stand November 2009) der OvGU ab dem Jahr 2010 verweigert:

Personalkosten:

- | | | |
|---|----------------|----------------|
| - Mittel für Tarifmaßnahmen (Ost-West-Angleich + lineare Erhöhung - wie mit dem Land als Arbeitgeber ausgehandelt). | | |
| statt nötiger 5.252.000 € nur 4.727.000 € | verweigert 10% | -> 525.000 € |
| - Auslaufender Tarifvertrag zur sozialen Absicherung: | | |
| statt nötiger 2.620.000 € nur 303.000 € | verweigert | -> 2.317.000 € |
| - Überhangpersonal aus Kürzung 2003 | verweigert | -> 1.500.000 € |

Hierbei ist noch zu berücksichtigen, dass im Haushaltsplan eine allgemeine Unterdeckung von 8% enthalten ist und im Haushaltsvollzug ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag von 1% zu berücksichtigen ist, hinzu kommen ein Investitionsstau (notwendige Baumaßnahmen und Geräteersatz) von 4 Mio. Euro und gestiegene Energiekosten von zusätzlich 1 Mio. Euro.

FAZIT: Für die Grundausrüstung mit Personal entsprechend den Studienplätzen fehlen in MD ab 2010 jährlich ca. 4,5 Mio. Euro. Das entspricht dem zusätzlichen Abbau von 90 Personalstellen von 1170 auf 1080 Personalstellen!!! Das könnte die Schließung einer Fakultät oder einer Vielzahl von Studiengängen nach sich ziehen.

Was bieten wir dem Land Sachsen-Anhalt, der Stadt Magdeburg? Warum darf die OvGU nicht kaputt gespart werden und warum müssen uns die notwendigen Mittel trotz der angespannten Finanzlage des Landes voll zugewiesen werden?

- Junge Leute kommen als Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet in unser von Abwanderung gekennzeichnetes Land.
- An der Universität gibt es durch Einwerbung aus Drittmitteln einen ständigen, zusätzlichen „Forschungsbetrieb“ mit zusätzlich ca. 500 Mitarbeitern, der nur aufrecht zu erhalten ist, wenn eine ausreichende Grundausrüstung mit Mitarbeiterstellen aus Haushaltsmitteln vorhanden ist.
- Absolventen und Forscher gründen Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen in Stadt und Region, die neue innovative Arbeitsplätze schaffen.
- Qualifizierte Absolventen bleiben im Land als dringend benötigte Fachkräfte und gründen Familien.
- Unsere Forschung strahlt in die Wirtschaftsunternehmen des Landes, der Region, der Stadt aus und macht diese national und international konkurrenzfähiger.
- Die Universität ist der größte Arbeitgeber im Raum Magdeburg.

Der Erhalt des Universitätsstandortes, der sich seit 1990 ständig gewandelt und erneuert hat und dies auch weiterhin tun wird, ist lebenserhaltend für das Land Sachsen-Anhalt. Deshalb darf die Universität nicht kaputt gespart werden.

Die Ausfinanzierung aller Studienplätze des Landes Sachsen-Anhalt ist nur mit einem zusätzlichen Budget von 40 Mio. Euro gegeben. Wir fordern für alle Hochschulen des Landes jetzt zusätzlich 10 Mio. Euro als Teilausgleich für gestiegene Kosten, – der als Signal für die Außenwirkung und Zukunftsfähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt aber von größter Bedeutung ist – sonst brauchen wir in Zukunft nicht mehr (früher) aufzustehen.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Derzeit scheint etwas Bewegung in die Überlegungen von Landtagsabgeordneten und des Finanzministers gekommen zu sein. Wir sollten die Entwicklung aufmerksam beobachten, durch Nutzung aller Kontakte begleiten und unsere Meinung öffentlich äußern.

Unterzeichnende Mitglieder des Akademischen Senats der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg: Dr. Ingrid Adam, Gleichstellungsbeauftragte, Prof. Dr. Katharina Braun, Senatorin, Fakultät für Naturwissenschaften, Dr. Sabine Busse, Senatorin, Fakultät für Verfahrens- und Systemtechnik, Prof. Dr. Jürgen Christen, Dekan, Fakultät für Naturwissenschaften, Prof. Dr. Martin Dreher, Senator, Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Jennifer Gaiser, Senatorin, Studierendenvertreterin, Prof. Dr. Karl-Heinrich Grote, Dekan, Fakultät für Maschinenbau, Prof. Dr. Graham Horton, Dekan, Fakultät für Informatik, Sven Hückstädt, Senator, Studierendenvertreter, Prof. Dr. Roland Kasper, Senator, Fakultät für Maschinenbau, Siegrid Liebherr, Behindertenbeauftragte, Prof. Dr. Andreas Lindemann, Dekan, Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, Prof. Dr. Thomas Münte, Senator, Fakultät für Naturwissenschaften, Prof. Dr. Bernhard Preim, Senator, Fakultät für Informatik, Prof. Dr. Peter Reichling, Senator, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Prof. Dr. Hermann-Josef Rothkötter, Dekan, Medizinische Fakultät, Prof. Dr. Bernhard Sabel, Prorektor für Forschung, Dr. Michael Schabacker, Senator, Fakultät für Maschinenbau, Dr. Bettina Sandt, Senatorin, Verwaltung, Prof. Dr. Lorenz Schild, Senator, Medizinische Fakultät, Sabine Schmolke, Fakultät für Maschinenbau, Senatorin, Dr. Marion Schulze, Behindertenbeauftragte der Universität, Sandra Sielicki, Senatorin, Studierendenvertreterin, Prof. Dr. Zbigniew Styczynski, Senator, Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, Prof. Dr. Jürgen Tomas, Dekan, Fakultät für Verfahrens- und Systemtechnik, Prof. Dr. Evangelos Tsotsas, Senator, Fakultät für Verfahrens- und Systemtechnik, Prof. Dr. Gerald Warnecke, Senator, Fakultät für Mathematik, Prof. Dr. Joachim Weimann, Senator, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Maike Weppler, Senatorin, Studierendenvertreterin, Prof. Dr. Wolfgang Willems, Dekan, Fakultät für Mathematik, Dr. Karl-Gerhard Winter, Senator, Medizinische Fakultät, Prof. Dr. Birgitta Wolff, Dekanin, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Volker Zehle, Senator, Verwaltung, Niko Zenker, Senator, Studierendenvertreter.

Weitere Unterzeichnende: Der Studentenrat, Der Personalrat,